

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

UdSSR – BRODELNDER TOPF UNTER VERSCHLUSS

In Moskau und Kaluga, in Wilna und in der Ukraine haben sowjetische Gerichte in unbeugsamer Härte langjährige Haftstrafen gegen Angeklagte ausgesprochen, die nichts anderes getan haben, als das Recht zur freien Meinungsäusserung für sich in Anspruch zu nehmen, das ihnen die auch von der Sowjetunion unterzeichnete *Menschenrechtscharta* der Vereinten Nationen zugesichert hat, eine Garantie, die erst vor drei Jahren durch die *Schlussakte von Helsinki* erneut bekräftigt worden ist. Die UdSSR hat sich wiederum in rücksichtsloser Weise über verbrieft Verpflichtungen internationaler Vereinbarungen hinweggesetzt und auf ihr Recht als souveräner Staat gepocht, das eigene Interesse zur obersten Richtschnur ihres politischen Handelns zu machen.

Dieser *sacro egoismo* ist nichts neues. In dem Kraftfeld zwischen Entspannung und Sicherheit, in dem sich die KSZE seit je bewegt hat, spielte für die Sowjetunion das *Sekuritätsbedürfnis* von Anfang an die beherrschende Rolle. Die «Détente» ist im Kalkül des Kremls stets losgelöst von Rücksichten auf irgendwelche Gesten innenpolitischer Lockerungen als Mittel *aussenpolitischer Abschirmung* eingesetzt worden; für die Sowjetunion ist Entspannung ohnehin mehr oder minder identisch mit Erhöhung der eigenen Sicherheit durch Einschüchterung oder Zurückdrängung potentieller vermeintlicher Gegner.

Die Prozesse gegen Bürgerrechtler,

Dissidente und Vorkämpfer vermehrter Liberalität für Angehörige nicht-russischer Nationalitäten im sowjetischen Vielvölkerreich sind von vornherein weniger unter aussen- als unter innenpolitischen Aspekten zu beurteilen. Zwar wird niemand daran zweifeln, dass das Regime im Augenblick fest verankert ist. Der *Sturm der Kritiker* verpufft weitgehend im Leeren, und die Zersplitterung der Dissidenten nimmt ihnen jede die herrschende Klasse ernsthaft gefährdende Durchschlagskraft. Wenn trotzdem die Machthaber des Kremls ununterbrochen mit so grobem Geschütz gegen eine zahlenmässig kleine und in sich uneinige Opposition auffahren, so folgen sie damit zunächst einer *altrussischen Tradition*, welche Widerstand gegen die herrschende Macht mit brutalen Mitteln schon im Keime zu erstickern sucht. Westliche Psychologen würden daraus auf eine innere Unsicherheit der Repräsentanten des Regimes schliessen, die glauben, dass sie es sich nicht leisten können, ein paar Reden und Schriften gelassen zu übersehen, die gegen ihre Politik gerichtet sind und deren Verbreitung im weiten Sowjetimperium nur mit Mühe erfolgen kann. Tatsächlich aber ist in einem Reich wie Russland, wo die Herrschaft sich traditionell auf oligarchisch kleine Zirkel beschränkt – gleichgültig ob es sich dabei um Erbadel oder um Parteifunktionäre handelt – die Polarität zwischen dem Drang zur Rebellion und zur gewaltsamen Unterdrückung

jeglicher Meinungsfreiheit von jeher sehr ausgeprägt gewesen. Die Sowjetunion hat diese Überlieferung übernommen und führt sie in der ihr eigenen Weise fort. Die Machthaber sehen in drakonischen Strafen vor allem eine Generalprävention. Es ist, wenn man so will, ein von oben gelenkter, *juristisch abgesicherter Terror*: Die Urteile sollen nicht nur die Angeklagten treffen, sondern über sie hinaus auch gleichzeitig jene Bevölkerungsschichten wie Juden und andere nichtrussische Nationalitäten, die sie in irgendeiner Form repräsentieren und deren Integration trotz aller unermüdlichen Beteuerungen vom klassenlosen Staat der sozialistischen Gesellschaftsordnung bisher nicht gelungen ist. Das *Nationalitätenproblem* ist für die Sowjetunion ein Pulverfass. Tunlichst sollen alle gefährlichen Zündstoffe aus dessen Bereich entfernt werden, um eine Explosion zu verhüten, deren Konsequenzen folgeschwer sein könnten.

Es ist bezeichnend, dass den *Gerontokraten* im Kreml zur Bändigung der ungestümen Kräfte im Innern der UdSSR kein anderes Rezept einfällt als die Fortsetzung brutaler *Repression* gegenüber allen Andersdenkenden. Die alten Männer im Kreml mögen damit auch an die Behauptung ihrer eigenen Macht denken. Fraglich bleibt nur, wie lange der Deckel auf dem brodelnden Topf gehalten werden kann, und wie lange es dauert, bis es den ohne Zweifel ungeduldig wartenden jüngeren Kräften gelingt, die Phalanx im Kreise der obersten Führung aufzusprengen. Von dem immer wieder angekündigten *Ablösungsprozess* ist freilich bisher wenig zu verspüren, noch ungewisser aber bleibt, was auf das etablierte und in seinen Handlungen einigermaßen kalkulierbare gegenwärtige Moskauer Herrscherkollektiv folgen könnte.

Alfred Cattani

DAS WAHLJAHR HAT SCHON BEGONNEN

In der schweizerischen Innenpolitik sind gegenwärtig eine lange Reihe von schwierigen Themen hängig, von der Finanz- und Konjunkturpolitik über die Rechtsordnung bis hin zur Frage der Atomenergie. Und in allen diesen Problemkreisen sind Entscheidungen und Weichenstellungen fällig oder wären zumindest dringend erwünscht. Doch steht man bereits seit dem Frühsommer unter dem Eindruck, es «klemme» irgendwie, und zwar noch über das Mass hinaus, das durch die

objektiven Schwierigkeiten materieller oder psychologisch-politischer Art ohnehin gegeben ist.

Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Das Wahljahr 1979 wirft seine Schlagschatten voraus; es hat politisch gesehen schon begonnen. Bei der Niederschrift dieser Zeilen ist zwar zum Beispiel noch nicht klar, ob damit auch bereits der Abbruch der Übung «Finanzreform 1978» zur Tatsache wird. Indessen ist unverkennbar, dass der Bezug der wahltaktischen Aus-

gangspositionen in der finanzpolitischen Diskussion sehr viel stärker zur Geltung kommt, als noch im vergangenen Winter bei der Erstellung des neuen «Fahrplans» generell angenommen worden war. Man wird sich mit andern Worten damit abzufinden haben, dass die sachpolitisch weitgehend «verfremdete» Vorwahlphase auch hierzulande länger und länger wird.

Wie aber bietet sich die Ausgangslage für die Wahlen selbst an? Zunächst sei daran erinnert, dass 1975 zwei Fakten hervorstachen: der beginnende Zerfall der Überfremdungsparteien und ein Vormarsch der Linken, der zum Teil durch den Niedergang von NA und Republikanern mitbedingt war. Die SP gewann 2 Prozent mehr Stimmenanteile, was sich dank einigem Proporzglück im Gewinn von nicht weniger als 9 Mandaten niederschlug. Die bürgerlichen Bundesratsparteien konnten mit einer Ausnahme ihre Positionen konsolidieren: Der Freisinn gewann 0,5 Prozent Stimmen, verlor aber trotzdem 2 Mandate, während die CVP bei gleichem Stimmengewinn von einem halben Prozent 2 Mandate gutmachte. Die SVP ihrerseits büsste 1,1 Prozent Stimmanteile und damit zugleich 2 Sitze ein.

Auf diesem Hintergrund stellt sich für 1979 zunächst vor allem die Frage, ob der Linkstrend anhalten werde, und wenn ja: wie weit er auf das Konto der auch in sich zerfallenen Überfremdungsparteien abzubuchen sei. Da die Antwort auf diese Fragen wesentlich durch die wirtschaftliche Entwicklung mitbestimmt werden könnte, hat es wenig Sinn, sich heute schon in detaillierten Spekulationen zu ergehen. Hingegen vermag ein

Blick auf kantonale und kommunale Wahlen der letzten Zeit einige Aufschlüsse zu geben. Dass bei den Urnengängen in Ob- und Nidwalden nichts von einem Linkstrend zu spüren war, überrascht wohl nicht weiter. Schwerer ins Gewicht fällt schon die Tatsache, dass sich auch im stärker industrialisierten Glarus nichts am Kräfteverhältnis änderte. Selbst im Uhrenkanton Solothurn vermochte die SP keine Fortschritte zu erzielen. Einem Sitzgewinn in Graubünden stehen zwei Mandatsverluste der Berner Sozialdemokraten gegenüber. Zwar holte die SP im Wallis früher verlorene Terrain zurück, doch im Industriekanton Neuenburg war kein Gewinn zu verzeichnen. Und der «Links-rutsch» in der Waadt – 7 Sitzgewinne der SP – erweist sich bei näherem Zusehen praktisch als «Rechtsrutsch», da ihm 6 Mandatsverluste der PdA gegenüberstehen. Die Kommunalwahlen im Kanton Zürich schliesslich ergaben gesamthaft ebenfalls keine Sensationen: Das Bürgertum konnte seine Positionen alles in allem einigermaßen halten.

Also keine Aussicht auf «Erd-rutsche» im Wahlherbst 1979? Eine solche Annahme wäre im heutigen Zeitpunkt verfehlt. Eidgenössische Wahlen haben ihre eigenen Gesetze, und vieles wird, wie bereits erwähnt, auch von der Konjunkturentwicklung abhängen. Immerhin ist angesichts der nüchternen Fakten schwer verständlich, woher die Sozialdemokraten gegenwärtig ihren Optimismus nehmen, der sie immer wieder agieren lässt, als gehörte die Zukunft ihnen allein.

Richard Reich

WER HAT EIN KONZEPT?

Der Wert des Dollars sinkt und sinkt. Die Kapriolen der D-Mark sind nicht weniger besorgniserregend. Seit anfangs Jahr ist der Trend völlig eindeutig. Die kleinen Erholungspausen spenden nur minimalen Trost. Pessimismus beherrscht vorwiegend das Stimmungsbild. Und dies mit guten Gründen, hat doch der gestiegene Schweizerfrankenkurs als Spiegelbild der rasenden Talfahrt des Dollars einen Stand erreicht, der wohl kaum mehr als Ausdruck der in der gleichen Zeitspanne eingetretenen realwirtschaftlichen Verschiebungen verstanden werden kann. In der Fachsprache nennt man dieses Phänomen «overshooting» – eine Bezeichnung für hektische Kursschwankungen, aber keine Erklärung. Der Laie staunt; für einmal wundert sich auch der Fachmann nicht wenig. Was an der Währungsfront in den vergangenen Wochen passierte, wird noch für einige Zeit undurchsichtig bleiben.

Diese Situation ist um so ungemütlicher, als die Notenbank keine Mittel mehr zur Verfügung hat, die Aussicht auf eine Korrektur bieten könnten. Sie hat sich bisher mit Händen und Füßen gegen eine Entwicklung zu stemmen versucht, die die Exportwirtschaft in immer grössere Bedrängnis brachte. Es war, wie die Erfahrung nun lehrt, von allem Anfang an ein ungleicher Kampf. Nun aber, da die Notenbank ihre Batterien leergeschossen hat, ist sie mit ihrem Latein am Ende. Fazit? Die Exportwirtschaft muss mit den Wechselkursen leben, wie sie sich auf den Devisenmärkten

bilden. Was werden die konjunkturellen Folgen sein?

Seit dem Jahre 1973, als das alte Währungssystem zusammenbrach, steht die Notenbank im Zentrum der Konjunkturpolitik. Ihre Geldmengenpolitik wurde zum wichtigsten Instrument für die Stabilisierung des Binnenwertes des Frankens. Mindestens auf diesem Gebiet ist ein bedeutender wirtschaftspolitischer Erfolg zu verzeichnen. Die Erhaltung dieses Zustandes ist auch heute noch das oberste Ziel der Notenbank.

Nachdem ihr in der Währungspolitik, in der Beeinflussung des Wechselkurses, nun aber die Hände gebunden sind, wäre es wohl nicht nur wünschenswert, sondern vielmehr in hohem Masse *notwendig*, die einbeinige, will heissen *allein* auf die Notenbank abgestützte Konjunkturpolitik wieder auf ein breiteres Fundament zu stellen. Sie muss zum Ziel haben, die Nachteile, die der Exportwirtschaft im Wechselkurssektor nun erwachsen, durch Erleichterungen auf andern Gebieten mindestens teilweise zu kompensieren. Wie aber könnte das geschehen? Mit einigem Erstaunen ist festzustellen, dass offenbar niemand ein Konzept hat, der Bundesrat nicht, der Delegierte für Konjunkturfragen nicht, die grossen Verbände nicht, die ...

Hervorstechendes Ziel einer solchen Strategie müsste sein, mit allen Mitteln darnach zu trachten, dass die Produktionskostenentwicklung unter *Kontrolle* gehalten werden kann. Dies heisst in erster Linie: keine kostenwirksamen Steuererhöhungen, im Gegen-

teil; kein produktionskostenwirksamer Ausbau des Sozialsektors; selektive Lohnerhöhungen nur in jenen Branchen und Unternehmungen, die nicht unter den Druck des steigenden Schweizerfrankens geraten sind, die weiterhin eine gute Marktstellung zu

behaupten vermögen. Konsequenz? Sowohl das «Finanzpaket 1978» wie die Sozialpolitik sind im Lichte dieser Prioritäten zu überdenken. Und zwar nicht erst übermorgen, sondern *heute*.

Willy Linder

Die Österreichische Zeitschrift für Aussenpolitik

brachte in ihren letzten Nummern Beiträge von:

J. I. Coffey	M(B)FR, Status and Prospects
Odette Jankowitsch	Neue Modelle zwischenstaatlicher Zusammenarbeit: Organisation und Institutionen der Blockfreien
Winfried Lang	Multilaterale Entscheidungsprozesse

Als **Dokumente** werden u. a. die Erklärung von Aussenminister Dr. Pahr vor der XXXII. Generalversammlung der Vereinten Nationen, sowie **Vorträge** vom Stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen Brian E. Urquhart zum Thema «Peace Keeping Operations – Experiences and Outlook», von Aussenminister Dr. Pahr «Zur österreichischen Aussenpolitik», vom Sekretär des Rates für Öffentliche Angelegenheiten der Kirche, Erzbischof Agostino Casaroli zum Thema «Der Heilige Stuhl zwischen Spannungen und Entspannung», wiedergegeben.

Erscheint viermal jährlich; Jahresabonnement öS 300.–

Redaktion und Verwaltung:

Österreichische Gesellschaft für Aussenpolitik und Internationale Beziehungen
A - 1010, Wien, Josefplatz 6, Österreich